

Annoucen

Annahme-Bureau.

In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wühelmsstr. 17) bei C. A. Alrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Strifand, in Meserich bei Ph. Mathias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung. Einundneunzigster Jahrgang.

Annoucen

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Paube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidentank“.

Nr. 284.

Das Abonnement auf dieses Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. (S. 10. 11. 12.)

Mittwoch, 23. April.

Inserate 20 Pf. die sechs-spaltige Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amstliches.

Berlin, 22. April. Der König hat der von dem Provinzial-Landtage der Provinz Westpreußen vollzogenen Wiederwahl des Dr. Wehr zu Danzig zum Landes-Direktor der gedachten Provinz auf eine zwölfjährige Amtsdauer die Bestätigung erteilt. Der Privatdozent Dr. Purvis in Göttingen ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der königlichen Universität Königsberg i. Pr. ernannt worden. Dem Thierarzt Müller zu Wologrowitz ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztstelle des Kreises Wologrowitz definitiv verliehen worden.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung.

Berlin, 22. April. Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher, Dr. v. Schelling, Lohmann. Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung 1 1/2 Uhr. Zu Ehren des verstorbenen Abg. Frhr. v. Schorlemer-Behr erheben sich die Mitglieder des Hauses von ihren Sitzen. Ein Schreiben des Reichskanzlers theilt mit, daß das gerichtliche Verfahren gegen den Abg. Köhl (Wurgburg) für die Dauer der Reichstagsession eingestellt worden ist. Das Haus tritt in die zweite Berathung der Novelle zum Hilfskassengesetz ein. Art. 1 und 2 werden ohne Diskussion angenommen. Zu Art. 2a beantragen die Abgg. Dr. Girsch und Genossen, den § 4 als Absatz 4a folgenden Zusatz zu geben: „Auf den Antrag der Kasse hat die höhere Verwaltungsbehörde bei der Zulassung zugleich zu beschleunigen, daß das Statut den Vorschriften des § 75 des Gesetzes, betreffend die Arbeiter-Krankenversicherung, genügt. Für diese Beschleunigung gelten die Vorschriften des Absatzes 2.“

Abg. Dr. Girsch bittet um Annahme dieses Antrages, welcher bei den Arbeitern Verwirrung hervorrufen würde. Formell ist es vielleicht zweifelhaft, ob dieser Zusatz hierhergehört oder nicht besser bei dem Krankenversicherungsgesetz eingebracht werden soll. Aber sachlich spricht Alles dafür, diese Bestimmung zur Sicherung der Arbeiter bei dieser Gelegenheit zu treffen. Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann bittet Namens der verbundenen Regierungen um Ablehnung des Antrages, der u. a. sei. Die Bestimmungen der Vorlage seien genügend. Abg. Dr. Girsch: Es handelt sich bei diesem Antrag nicht nur um die Höhe der Unterstüßungen, sondern auch die der Karenzzeit, der fortlaufenden Unterstüßungen etc. All diese Interessen werden durch Art. 2a in Frage gestellt, wenn nicht bestimmt wird, daß eine Erklärung darüber jedesmal abzugeben ist, ob das Statut jenem § 75 entspricht. Will man wirklich das Kranken Gesetz ehrlich durchführen, so muß man beschließen, daß in dieser praktischen Weise schon in nächster Zeit und nicht erst am 31. Dezember die Bestimmung über Gültigkeit der Statuten getroffen werde. Art. 2a und der Zusatz des Abg. Dr. Girsch wird hierauf (lehterer mit geringer Minorität) angenommen. Zu Art. 3 § 6 beantragt Abg. Lohren folgenden Zusatz: „Wegen Ueberschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung des Statuts neue Mitglieder nicht aufgenommen werden, darf verheirathete Personen, welche nachweisen, daß sie mindestens 20 Jahre der Kasse angehört haben, der Wiedereintritt nicht verweigert werden.“

Abg. Lohren: Ich habe diesen Antrag hier gestellt in der Hoffnung, daß er die Majorität des Hauses finden wird, nachdem er in der Kommission mit einer Majorität von nur einer Stimme abgelehnt worden ist. Ich hoffe dabei auch auf die Unterstützung der freisinnigen Partei rechnen zu können, die in ihren Blättern mich stets als ein Feind der freien Kassen hinstellt. Das bin ich freilich keineswegs, aber ich will doch nicht verschweigen, daß diese Kassen auch noch in anderer Beziehung eine Thätigkeit entwickeln, nicht nur Kranke unterstützen oder Todte begraben, sie schaffen auch Arbeiterkoalitionen, sie sind eine menschliche Schöpfung. Mein Antrag geht dahin, daß durch Alter oder Gesundheitszustand die Wiederaufnahme eines ausgeschiedenen Mitgliedes nicht gehindert werden dürfe. Abg. Lipke: Ich will dem Vorredner auf das Gebiet der Polemik gegen die freien Kassen nicht folgen. Den Antrag selbst halte ich für unausführbar und bitte um seine Ablehnung. Artikel 3 wird angenommen, der Antrag des Abg. Lohren gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Art. 4 wird angenommen. Art. 4a lautet: „Nach Maßgabe des Geschlechts, des Gesundheitszustandes, des Lebensalters, der Beschäftigung oder des Beschäftigungsortes der Mitglieder darf die Höhe der Beiträge verschieden bemessen werden.“

Abg. Bebel und Genossen beantragen die Worte „oder des Beschäftigungsortes“ zu streichen. Abg. Dr. Girsch: Dieser Artikel soll die Möglichkeit gewähren, eine verschiedenartige Bemessung der Beiträge nicht nur nach Maßgabe des Geschlechts etc., sondern auch nach Maßgabe des Beschäftigungsortes eintreten lassen zu können, da gerade der Beschäftigungsort unter Umständen von der größten Bedeutung für die Gesundheitsverhältnisse der Kassenmitglieder sein kann. Abg. Kaiser bittet um Annahme des Antrages Bebel, da sonst der Polizei ein Einmischungsbrecht eingeräumt wird. Art. 4a wird angenommen, der Antrag des Abg. Bebel mit großer Majorität abgelehnt. Ohne Diskussion genehmigt das Haus die Art. 5-7. Bei Art. 8 beantragen die Abgg. Girsch und Genossen, dem § 19a Ziffer 2 (Befugnisse der Verwaltungsstellen) folgende Fassung zu geben: Die Kassenbeiträge zu erheben, über Stundungsgesuche zu entscheiden, die Unterstüßungen auszugeben, sowie die eingehenden Gelder bis zum Belaufe einer durchschnittlichen Jahresausgabe zu verwahren und anzulegen.

Abg. Löwe (Berlin): Unser Antrag entspricht einem praktischen Bedürfnisse und es erscheint doch durchaus unbedenklich, die Befugnisse der örtlichen Verwaltungsstellen in der beantragten Richtung unter

Wahrung der Einheit der Kasse und unter Kontrolle der Zentralstelle zu erweitern.

Geh. Oberreg.-Rath Lohmann: Ich muß Sie um Ablehnung dieses Antrages ersuchen. Denn gerade durch diese Bestimmung des vorliegenden Antrages wird die Einheit und der einheitliche Charakter der Kasse gefährdet, Verwaltung, Kontrolle und Revision aber werden erheblich erschwert. Redner sucht dies durch Vorführung einiger Details zu erweisen. Abg. Gertny: Wieweit die einzelnen Kassen von den Rechten, die unser Antrag ihnen einräumen will, Gebrauch machen wollen, hängt doch ganz von dem Ermessen der Kassen ab, die doch stets am Besten wissen müssen, was ihre Arbeiten fördert. Es heißt gewissermaßen, sich den Kopf dieser Kassen zerbrechen, wenn man die Ablehnung unseres Antrages mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten motivirt, welche den Kassen daraus entstehen könnten. Unser Antrag ist gestellt im Interesse der Kassen und deshalb für alle Parteien annehmbar.

Abg. Dr. Uhl will für die erste Hälfte des Girsch'schen Antrages stimmen, falls eine getheilte Abstimmung über denselben vorgenommen werden würde. Ueber die zweite Hälfte des Antrages richtet Redner eine Erklärung der Regierung.

Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann: Die Regierung kann auch mit dem zweiten Theile des Antrages sich nicht einverstanden erklären. Wenn die eingehenden Gelder bis zum Belaufe einer durchschnittlichen Jahresausgabe nach der Bestimmung des Antrages verwahrt und angelegt werden sollen, so erscheint auch dies bedenklich, da der Betrag ein zu hoher ist.

Abg. Löwe (Berlin): Dem zuletzt geäußerten Bedenken wären wir bereit event. in sofern entgegenzukommen, als wir an der Bestimmung der durchschnittlichen Jahresausgabe nicht festhalten und uns event. zu einer anderen Festsetzung bereit erklären.

Abg. Dr. Uhl beantragt in dem Antrage statt „bis zum Belaufe einer durchschnittlichen Jahresausgabe zu verwahren und anzulegen“ zu setzen „bis zum Belaufe der durchschnittlichen halben Jahresausgabe“.

Abg. Löwe: Namens der Antragsteller erkläre ich mich mit der vorgeschlagenen Aenderung einverstanden. § 19a wird hierauf gemäß dem Antrage des Abg. Girsch u. Gen. gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

§ 19d, Ziffer 3 lautet: „Von jeder Aenderung des Bezirks der örtlichen Verwaltungsstelle und der Zusammensetzung ihrer Verwaltung hat diese der Aufsichtsbehörde ihres Sitzes Anzeige zu erstatten.“

Die Abg. Girsch u. Gen. beantragen, statt „diese“ zu setzen „Der Vorstand der Kasse.“

Abg. Kaiser: Meine Partei beantragt die Streichung dieses Paragraphen, der uns überflüssig erscheint; für den § 19d spricht nur der Umstand, daß der Polizei hierdurch die Möglichkeit gegeben werden soll, sich in die Verhältnisse und Bestrebungen der Arbeiter einzumischen. Ich bitte Sie, um Annahme unseres Antrages und um Ablehnung des § 19d, der der Polizei der ganzen Vorlage ist.

§ 19d wird gemäß dem Antrage des Abg. Dr. Girsch und Gen. angenommen. Art. 9-11 werden ohne Diskussion genehmigt.

Abg. Dr. Girsch u. Gen. beantragen in § 23, Absatz 1, hinter „Behörden“ zu setzen „in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern der Beaufsichtigung der Gemeindebehörden“ und in § 23 Absatz 2 die Worte „und Schriften“ zu ersetzen durch „und Rechnungen.“

Abg. Büchtemann beantragt folgenden Zusatz: „Gegen die Androhung und Festsetzung von Geldstrafen bezw. Anwendung von Zwangsmitteln Seitens des Aufsichtsbehörden steht den Kassenvorständen der Rekurs zu; wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 der Reichs-Gemeindeordnung.“

Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann: Die Regierung kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen diesen Vorschlägen nicht zustimmen. So lange die politischen und sozialen Agitationen in die freien Hilfskassen einzudringen drohen, muß es möglich sein, dieselben der Aufsicht der Polizeibehörden zu unterstellen, da allein die letztere die hinreichende Fühlung mit derartigen Bestrebungen haben und die Gemeindebehörden solchen Agitationen gegenüber doch nicht zur Aufsicht geeignet sind. Eine Einsicht in die amtlichen Schriftstücke der Kasse ist unentbehrlich; die Privat-Korrespondenz der Geschäftsführer fällt doch nach dem ganzen Sinne dieser Bestimmungen nicht unter die Bezeichnung „Schriften“. Abg. Kaiser: Ich behaupte, daß in eine wirtschaftliche Vorlage von der Regierung politische, d. h. hier polizeiliche Bestimmungen hineingebracht worden sind. Bei den Gemeindebehörden können die Kassen weit eher Berücksichtigung erwarten, als wenn die Polizei die Beaufsichtigung erhält. Die Herren auf der Linken mögen doch bedenken, welche Gefahr in Absatz 2 dieses Paragraphen liegt. Der Herr Regierungskommissar hat zwar erklärt, daß die Korrespondenz der Geschäftsführer nicht zu den „Schriften“ zählen soll - aber schwerlich wird ein Kriminalpolizist bei einer Hausdurchsuchung an diese Unterscheidung denken. Es wird doch nicht zu vermeiden sein, daß oft auch Sozialdemokraten an der Spitze dieser Kassen stehen, das liegt doch in der Natur der Kassen selbst - und wo dies ist, wird die Polizei auf Grund des § 33 sich befähigt einmengen und die Entwicklung der Kassen hindern. Wir beantragen daher, den Absatz des § 33 zu streichen. Geschieht dies nicht, so werden die Arbeiter Deutschlands in diesem Gesetz nicht einen Ausfluß der Fürsorge, sondern der Kriminalpolizei sehen.

Abg. Dr. Gutfleisch: Es ist äußerst bedenklich, diese Vorlage mit politischen Motiven zu verquiden und gerade nach der Motivirung des Regierungsvorredners ist es mir unmöglich, für diese Bestimmungen zu stimmen. Es darf den freien Hilfskassen eine solche exzeptionelle Stellung gegenüber den anderen Krankenkassen nicht gemacht werden, es kann und muß die Aufsichtfrage geregelt werden im Sinne des § 84 des Krankenversicherungsgesetzes. Ich bitte Sie daher um Annahme unserer Anträge.

Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann führt aus, daß die Regierung kein Mißtrauen gegen die freien Kassen hege, daß sie im Gegentheil ihre Erhaltung wünsche. Gegenwärtig aber sei eben noch nicht möglich, in einer derartigen Vorlage nur wirtschaftliche Bestimmungen zu treffen. - Daß die Kassen in Berlin der Aufsicht des Polizeipräsidiums unterstellt sind, sei die Regel und keine Ausnahme.

Abg. Gertny: Es ist dies keineswegs eine gesetzliche Regel, sondern es ist dieses Verhältniß durch einen Ministerialerlaß herbeigeführt

worden. Wir wollen aber allgemein gültige Bestimmungen hierüber haben und deshalb bitte ich um Annahme unseres Antrages.

Abg. Dr. Uhl beantragt, statt „Schriften“ zu setzen „Verhandlungen“.

Abg. Löwe erklärt sich Namens der Antragsteller mit dieser Aenderung einverstanden. Absatz 1 des § 33 wird unter Ablehnung der Anträge der linken Seite unverändert angenommen.

Ueber Absatz 2, welcher folgenden Wortlaut hat: „Die Kassen sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde auf Verlangen jederzeit ihre Bücher und Schriften im Geschäftslokale der Kasse zur Einsicht vorzulegen und die Revision ihrer Kassenbestände zu gestatten“ wird namentlich abgestimmt.

Gegen den Absatz stimmen 91, dafür 72 Mitglieder; drei enthielten sich der Stimmabgabe. Das Haus ist, da nur 166 Mitglieder anwesend sind, nicht beschlußfähig.

Präsident v. Levetzow setzt die nächste Sitzung auf Mittwoch 12 Uhr fest. L.-D.: Anträge von Mitgliedern des Hauses. Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung.

Berlin, 22. April. Am Ministertische: Dr. Lucius, von Schölk. Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. Seit der Vertagung des Hauses ist der Abg. Frhr. v. Schorlemer-Behr gestorben; die Mitglieder des Hauses ehren sein Andenken durch Erheben von ihren Sitzen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt ohne Diskussion in dritter Lesung den Entwurf über die Aufhebung verschiedener bawolizeilicher Bestimmungen in Frankfurt a. M., die Novelle zu dem Gesetz über die Befugnisse der Strombauverwaltung gegenüber den Uebernehmern an öffentlichen Flüssen und den Entourni betreffend die Auflösung der gemeinschaftlichen Kirchenkassen auf der Insel Alsen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfes betr. den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat. (Berlin-Hamburger Eisenbahn, Bremische Eisenbahnen, Dels-Gnefener Eisenbahn, Tilsit-Insterburger Eisenbahn).

Abg. v. Strombeck verlangt, daß die Amortisation der Prioritäten nur durch Gesetz erfolgen könne, und bittet in der kommissarischen Berathung auf diese Forderung zurückzukommen.

Abg. v. Wedell-Machow: Namens meiner Partei beantrage ich die Verweisung dieser Vorlage an die Eisenbahnkommission. Die Forderung des Vorredners ist bereits in früheren Verhandlungen aufgestellt worden, die Majorität hat sich jedoch stets für Kündigung der Amortisationen durch die Regierung entschieden und auf diese Beschlüsse stützt sich auch die Fassung des § 5 der Vorlage.

Abg. Dr. Hammacher verzichtet in der Generaldebatte auf Einzelheiten einzugehen und bezeichnet den Standpunkt, den die Regierung in § 5 in Bezug auf die Amortisationen eingenommen, als einen Fortschritt gegenüber ihrem früheren Standpunkt.

Die Generaldiskussion wird geschlossen und die Vorlage der Eisenbahnkommission zur Berathung überwiesen. Auf Antrag des Abg. Dr. Hammacher verweist das Haus den Entwurf eines Nachtragsetats (3 881 588 M. zum Ankauf und zur Uebernahme der genannten Bahnen) an die Budgetkommission.

Die Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen in preussischen Staaten während des Etatsjahres 1882/83 wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt, nachdem

Abg. Dr. Thilenius an die Regierung die Bitte gerichtet, die Braunkohle, mit Rücksicht auf den Bergbau des Westermals, beim Eisenbahnbetriebe Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

Geh. Oberberggrath Freund: Bei der Wichtigkeit des Kohlen-Bergbaues wird die Regierung Nichts unterlassen, was zur Förderung des Bergbaues angeeignet erscheint. Das liegt schon im fiskalischen Interesse.

Es folgt die dritte Berathung des Entwurfes betr. den Betrieb des Hufbeschlag-Gewerbes.

Abg. Meßner (Zentrum) beantragt, daß zur Ertheilung des Prüfungszeugnisses auch die Innungen ermächtigt sein sollen. Die Handwerker sehen mit großem Interesse auf diese Bestimmung; wird mein Antrag abgelehnt, so werden die Wähler wissen, was sie von dem Wohlwollen der Regierung und dieses Hauses für die Handwerker zu halten haben. (Widerspruch links).

Minister Dr. Lucius: Ich bitte Sie, den Antrag des Vorredners abzulehnen, und glaube, daß die Motivirung des Antrages Seitens des Antragstellers nicht geeignet ist, ihm Freunde zu erwerben. Ich weise es zurück, daß in der Ablehnung des Antrages eine Feindseligkeit der Regierung gegen die Handwerker liegt. Das Gesetz wird gerade in der Vorlage der Regierung den Innungen förderlich sein; wo sich in Innungen qualifizierte Werkmeister befinden, wird die Regierung nicht zögern sie zur Prüfung heranzuziehen. Der Antrag des Abg. Meßner aber überträgt staatliche Funktionen auf obligatorische Innungen, die noch gar nicht bestehen. Ich bitte um Ablehnung des Antrages.

Abg. Dr. Windthorst: Ich freue mich, daß der Herr Minister sein Wohlwollen für die Handwerker betont hat. Aber die Frage ist, wollen wir Innungen oder nicht? Will man sie, so muß man sie stärken und kräftigen und deshalb auch für diesen Antrag stimmen. Denn je mehr Befugnisse man den Innungen überträgt, desto mehr Mitglieder werden ihnen beitreten.

Abg. v. Rauchhaupt beantragt dem Antrage des Abg. Meßner hinzu zufügen, „Innungen, welche von höheren Verwaltungsbehörden die Ermächtigung zu Prüfungen erhalten haben“. Mit Annahme dieses Antrages stärken wir die Innungen und haben gleichzeitig die Gewähr, daß nur tüchtige Meister in die Prüfungs-Kommission kommen.

Abg. Dr. Windthorst will diesem Antrage nicht zustimmen, da er den Innungen eine Erlaubniß gewährt, während sie ein Recht zu fordern haben.

Abg. v. Cunn: Der Antrag des Abg. v. Rauchhaupt bricht dem Antrag... v. Rauchhaupt.

Abg. Dr. Schlager: Ich bitte Sie um Ablehnung beider Anträge, nachdem die Regierung sich ausdrücklich bereit erklärt hat, qualifizierte... v. Windthorst.

Abg. Dr. Windthorst: Das Abg. Dr. Schlager die Regierungsvorlage so warm verteidigt, zeigt, wie nahe seine Partei wieder der Regierung steht... Minister Dr. Lucius.

Abg. Dr. Windthorst: Mein Widerspruch bedeutet kein Mißtrauen gegen die Regierung, er richtet sich gar nicht einmal gegen eine Vorlage der Regierung... Abg. Dr. M. Junke.

Abg. Dr. Windthorst: Es handelt sich doch hier um eine ganz einfache Angelegenheit und ich kann nicht begreifen, weshalb und wie der Vorredner bei dieser Frage auf den Kulturkampf kommen kann... Abg. Dr. M. Junke.

Abg. Dr. Windthorst: Ich bin überzeugt, daß die Regierung mit dieser diskretionären Gewalt keinen Mißbrauch treiben wird... Abg. Dr. Windthorst.

Der Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung während der Zeit vom 1. Oktober 1882 bis dahin 1883... Das Haus beschließt demgemäß. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 22. April. Fast ohne Diskussion hat das Abgeordnetenhaus heute die neue Serie von Eisenbahn-Versäuflichungs-Vorlagen an eine Kommission verwiesen... Wien, 22. April. Wiener Blätter beschäftigen sich viel mit einer angeblich bevorstehenden Dreikaiser-Zusammenkunft.

Der Kaiser von Rußland wird nach der in Moskau stattfindenden Großjährigkeitsfeier seines ältesten Sohnes mit demselben nach Warschau kommen... Kopenhagen, 22. April. Die Ernennung des bisherigen Gesandten in Petersburg, Kammerherrn v. Wind, zum Nachfolger... Paris, 21. April. Der „Figaro“ bringt schon einen telegraphischen Bericht über die Sinnahme von Shenby... London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen...

der Refundierungs-Operation zu Grunde liegende Bestreben, die Eisenbahnen für den Staat theurer zu machen, die Regierung zu raschem Dazwischentreten veranlaßt hat...

Wie heute in Reichstagskreisen verlautete, ist Oberbürgermeister Miquel von Frankfurt a. M. hier eingetroffen und vom Reichskanzler Fürsten Bismarck empfangen worden... Im Landtage macht sich, wie die „Nat. Ztg.“ sagt, immer mehr die Ueberzeugung geltend, daß die Steuergesetze in dieser Session unerledigt bleiben werden...

Der national liberale Reichstagsabg. Blum (Heidelberg) hat dieser Tage in Mosbach, einem Städtchen seines Wahlkreises, einen Vortrag über die soziale Gesetzgebung gehalten... In Emden hat der frühere national liberale Landtagsabgeordnete, Konsul B. Brons, am 16. d. M. den Vorsitz des national liberalen Vereins niedergelegt...

Der „Hamburg. Corresp.“ versichert, 1) die Heidelberger Beschlüsse hätten vor dem Heidelberger Tage die Zustimmung der Berliner Parteiführer erhalten... Ich erkläre, daß meine Ansicht betreffs des Sozialistengesetzes, bez. dessen Verlängerung unverändert dieselbe blieb...

Der Abg. v. Schorlemer-Alt verwarft sich in einem an den „Westf. Merk.“ gerichteten Schreiben dagegen, daß er, wie vielfach behauptet worden, mit diesem Merkblatt über die Zulässigkeit der Verlängerung des Sozialistengesetzes einverstanden sei... Ich erkläre, daß meine Ansicht betreffs des Sozialistengesetzes, bez. dessen Verlängerung unverändert dieselbe blieb...

Der Kaiser von Rußland wird nach der in Moskau stattfindenden Großjährigkeitsfeier seines ältesten Sohnes mit demselben nach Warschau kommen und wird der russische Hof im Schlosse Razinski Aufenthalt nehmen... Der Kaiser von Rußland wird nach der in Moskau stattfindenden Großjährigkeitsfeier seines ältesten Sohnes mit demselben nach Warschau kommen...

Kopenhagen, 22. April. Die Ernennung des bisherigen Gesandten in Petersburg, Kammerherrn v. Wind, zum Nachfolger desselben in Petersburg ist, wie es heißt, der Gesandte in Wien, General Rjaer, befragt... Paris, 21. April. Der „Figaro“ bringt schon einen telegraphischen Bericht über die Sinnahme von Shenby...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

Berlin, 22. April. Gestern Vormittag 10 Uhr begannen die Verhandlungen des medizinischen Kongresses unter dem Vorsitze des Virkl. Geh. Medizinalrathes Professor v. Frerichs im großen Saale des Architektenhauses... Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die genuine Pneumonie (Lungenentzündung).

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die genuine Pneumonie (Lungenentzündung). Der Referent, Fürst von Löwen, erinnerte daran, daß man vor noch nicht allzulanger Zeit die Lungenentzündung für vielleicht die befürchtete aller Krankheiten gehalten, unsere Kenntnisse über dieselbe für im Großen und Ganzen abgeschlossen gehalten habe...

Der Korreferent, Fränkel, Berlin, ging spezieller auf den bakteriellen Träger der Krankheit ein. Redners eigene Untersuchungen haben einige von den Friedländer'schen abweichende Resultate geliefert, in erster Linie dasjenige, daß die Virulenz der Mikrokokken abhängig ist von der Abstammung derselben...

In der Diskussion erörterte zunächst Friedländer, Berlin seinen Standpunkt. Die Einheit des Giftträgers bei den verschiedenen Formen der Pneumonie scheint ihm noch nicht völlig gesichert. Ganz charakteristisch sei der Gegensatz zwischen Tuberkulose-Pilz und Pneumonie-Pilz...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

Berlin, 22. April. Mit dem Generalkonsul Baring ist auch General Graham nach Alexandrien gereist, um sich nach London zu begeben; wie es heißt, würde Generalkonsul Baring nicht hierher zurückkehren, General Graham aber Anfang Juli wieder hier eintreffen... In einer von den auswärtigen Generalkonsuln hier abgehaltenen Konferenz wurde beschlossen, den Konseilspräsidenten Nubar Pascha um strikte Handhabung der Quarantänenvorschriften zu ersuchen...

III. Kongress für innere Medizin.

Berlin, 22. April. Gestern Vormittag 10 Uhr begannen die Verhandlungen des medizinischen Kongresses unter dem Vorsitze des Virkl. Geh. Medizinalrathes Professor v. Frerichs im großen Saale des Architektenhauses...

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die genuine Pneumonie (Lungenentzündung). Der Referent, Fürst von Löwen, erinnerte daran, daß man vor noch nicht allzulanger Zeit die Lungenentzündung für vielleicht die befürchtete aller Krankheiten gehalten, unsere Kenntnisse über dieselbe für im Großen und Ganzen abgeschlossen gehalten habe...

Der Korreferent, Fränkel, Berlin, ging spezieller auf den bakteriellen Träger der Krankheit ein. Redners eigene Untersuchungen haben einige von den Friedländer'schen abweichende Resultate geliefert, in erster Linie dasjenige, daß die Virulenz der Mikrokokken abhängig ist von der Abstammung derselben...

In der Diskussion erörterte zunächst Friedländer, Berlin seinen Standpunkt. Die Einheit des Giftträgers bei den verschiedenen Formen der Pneumonie scheint ihm noch nicht völlig gesichert. Ganz charakteristisch sei der Gegensatz zwischen Tuberkulose-Pilz und Pneumonie-Pilz...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen Finanzen abzuhaltenen Konferenz bereits eingegangen... Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich besser Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden...



Produkten-Börse.

Berlin, 22. April. Wind: NW. Wetter: Kühl und neblig. In großer Menge... Die Preise für alle Artikel recht matt.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 22. April. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet.

Umrrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Anleihe, Staats-Papiere, Hypotheken-Certifikate, Eisenbahn-Prioritäten-Aktien. Lists various financial instruments and their current market prices.

nat - M., per April-Mai 166,5 bez., per Mai-Juni 168-167,5 bez., per Juni-Juli 170,5-170 M. bez., per Juli-August 172,5 bis 172 bez., per September-Oktober 176,5-175,75 bez.

Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich durchschnittlich behaupten bei kleinem Geschäft. Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige wiesen im Allgemeinen feste Haltung bei ruhigem Verkehr auf.

Umrrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark.

Table with multiple columns: Eisenbahn-Prioritäten-Aktien, Eisenbahn-Prioritäten-Aktien, Eisenbahn-Prioritäten-Aktien. Lists various railway stocks and their prices.

20,75-51,50 bez., per diesen Monat - M., per April-Mai 20,50 M.; per Mai-Juni - M., per Juni-Juli - M., per Juli-August - bez. Durchschnittspreis - M. Gef. - Ztr.

Noten sowie Italiener als etwas schwächer zu nennen; ungarische Goldrente wenig verändert und still. Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung.

Umrrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark.

Table with multiple columns: Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Eisenbahn-Prioritäten-Aktien. Lists various bank and industrial stocks and their prices.